

## In der Senatssitzung am 12. März 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

11.03.2024

L 2

### Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 12.03.2024

#### Finanzierung des Deutschlandtickets

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

##### A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

- 1) Wie hoch sind die Haushaltsmittel, die für die Finanzierung des Deutschlandtickets in den Jahren 2024 und 2025 jeweils mindestens eingestellt werden müssen?
- 2) Inwiefern und wann wird es weitere Ausgestaltungen eines ermäßigten Deutschlandtickets in Bremen geben und wie hoch sind die Kosten hierfür jährlich?
- 3) Welches finanzielle Defizit wird bei der BSAG in den Jahren 2024 und 2025 durch das Deutschlandticket jeweils entstehen und inwiefern wird der Senat diese finanziellen Mittel ausgleichen, damit die zusätzlichen Kosten der BSAG nicht zu Lasten der Umsetzung der Angebotsoffensiven gehen?

##### B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu 1:

Für die Jahre 2024 und 2025 müssen nach derzeitiger Gesetzeslage jährlich 20,3 Mio. € als Landesanteil des Landes Bremen in den Haushalt eingestellt werden.

Zu 2:

Zur Prüfung und Abstimmung der Finanzierung, Organisation und technischen Abwicklung eines ermäßigten Deutschlandtickets in Bremen wurde eine Arbeitsgruppe der beteiligten Ressorts, BSAG und VBN eingerichtet. Die zu klärenden Fragen beinhalten u.a. die Bestimmung der für die Umsetzung erforderlichen Personalkapazitäten, die Organisation des Datentransfers der bisher unabhängigen Prozesse StadtTicket und Deutschlandticket, die Beschaffung der erforderlichen Deutschlandticket-

Chipkarten, eine Bonitätsprüfung, den Umgang mit Zahlungsausfällen, den Gültigkeitszeitraum der Tickets und den Nachweis der Anspruchsberechtigung sowie die Finanzierung des Angebotes.

Zu 3:

Derzeit liegen keine Zahlen zur voraussichtlichen Höhe der Einnahmeausfälle der BSAG durch das Deutschlandticket in den Jahren 2024 und 2025 vor. Auf der Grundlage einer zwischen Bund und Ländern vereinbarten Musterrichtlinie werden den Verkehrsunternehmen auf Antrag Einnahmeausfälle, die durch das Deutschlandticket entstehen, ausgeglichen.

#### **C. Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

#### **D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die Beantwortung der Fragen sind nicht erkennbar.

#### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Keine Beteiligung anderer Ressorts erforderlich.

#### **F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

#### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung vom 11.03.2024 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.